"Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen. Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben." Mit diesem Satz beschrieb der ehemalige Auschwitz-Häftling Primo Levi seine Aufgabe als Überlebender. Primo Levi ist 1987 gestorben, jetzt ist es unsere Verpflichtung, seiner Aufgabe nachzukommen: Wir müssen daran erinnern, was in der Zeit der Nazi-Diktatur geschehen ist, wir müssen im Bewusstsein behalten, dass so etwas wieder geschehen könnte, und wir müssen alle gemeinsam verhindern, dass es wieder geschieht.

Deshalb trifft man jetzt auf Demonstrationen und Kundgebungen so viele Menschen, die man lange nicht mehr oder sogar noch nie gemeinsam für eine Sache hat eintreten sehen. Und es gibt Kundgebungen an Orten, wo so etwas eher nicht üblich ist. Wie hier auf dem Denklinger Burghof.

Die alten Gemeinden Eckenhagen und Denklingen gehörten schon früh zu den Hochburgen der NSDAP, mit angeblich einfachen Lösungen für schwierige Probleme, mit Parolen von "Blut und Boden" gelang es den Nazis, in der strukturschwachen Region die Menschen zu täuschen und zu verführen. Zu verführen für ihre barbarische Politik, sie zum Hass anzustacheln und sie in den Krieg zu führen, zum Töten und zum Sterben. Doch es gab auch die, die Anstand und Menschlichkeit bewahrt hatten: Über Umwege haben wir vor etwas mehr als einem Jahr von Mutter und Tochter Walburga Kühr aus Eckenhagen erfahren. Der Niederländer Martinus von Koeverden war 1944 als Zwangsarbeiter nach Bochum verschleppt worden und schuftete in einer Stahlfabrik. Er konnte fliehen, irrte – immer in der Gefahr, gefasst zu werden – umher und kam schließlich in die Gegend von Eckenhagen. Die beiden Kührs fanden ihn, versteckten und versorgten ihn. Natürlich wussten sie, dass sie dafür schlimmste Strafen riskierten. Aber für sie war es normal, dass man einem Menschen hilft, der in Not ist. Auch wenn die herrschende faschistische Ideologie etwas anderes vorschreibt, indem sie die Menschen in "wir" und "die anderen" aufteilt – "die anderen", die weniger wert waren, die im günstigsten Fall für "uns" Hilfsdienste leisten durften, die als "Untermenschen" oder "Schädlinge" diffamiert wurden, die im schlimmsten Fall brutal und minutiös geplant ermordet wurden.

Viele solcher "anderer", die von den Nazis verfolgt oder ausgebeutet worden waren und trotzdem irgendwie überlebt hatten, waren nach dem 8. Mai 1945 schwer krank. Einige von ihnen, etwa 1500 Lungenkranke, wurden hier in Denklingen, oben in der Burgbergklinik, in den Jahren bis 1951 gepflegt. Die meisten haben es geschafft, 92, die nicht gerettet werden konnten, liegen drüben auf den Friedhof neben der evangelischen Kirche. Eine von ihnen ist Magdalena Horvath. Sie stammte aus einer Roma-Familie, die im österreichischen Burgenland zu Hause war. Zu Hunderten waren die Frauen und Mädchen von dort deportiert und ins KZ Ravensbrück gesperrt worden. Kräftige, gesunde Frauen verrichteten Zwangsarbeit in einem der angegliederten Betriebe, die schwächeren kamen nach Auschwitz und wurden dort ermordet. Auf dem Burgberg hat man 5 Jahre lang versucht, Magdalena

Horvath von der Tuberkulose zu heilen, die sie sich im Lager zugezogen hatte. Es war vergebens – sie ist am 1. April 1951 im Alter von 30 Jahren verstorben.

Warum war sie überhaupt deportiert worden? In den Akten der Nazis wird sie als "arbeitsscheu" und "Zigeuner" diffamiert. Es war also der Rassismus, der sie getötet hat.

Und die Pest des Rassismus, der "die anderen" als minderwertig aussortiert, diese Pest grassiert leider noch immer. Sie müsste eigentlich längst ausgerottet sein, denn unser Grundgesetz, das vor 75 Jahren unter dem Eindruck der Nazi-Verbrechen geschrieben worden war, dieses Grundgesetz beginnt in Artikel 1 mit der klaren Ansage: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Punkt. Die Würde des Menschen – nicht die Würde des Deutschen. Denn die Menschenrechte gelten universell, unabhängig von Pass, Herkunft, Religion oder Hautfarbe. Da hat Rassismus keinen Platz.

Und jetzt kommt eine Partei daher und will wieder eine von ihr selbst definierte Gruppe von Menschen zur Ursache für alle gesellschaftlichen Probleme erklären. Und die reden jetzt offen darüber, diese Menschen aus unserem Land zu vertreiben. Sie sind sich nur noch nicht einig über die Zahlen: Martin Sellner von der "gesichert rechtsextremen" Indentitären Bewegung will zwei Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger vertreiben, Maximilian Krah, der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, hat in seinem Buch "Politik von Rechts" das Ziel verkündet, 15 bis 25 Millionen Menschen zu "remigrieren", also aus unserem Land zu deportieren. Wer das sein soll, ist willkürlich. Selbst wer einen deutschen Pass hat, ist nicht sicher: Markus Wagner, AfD-Landtagsabgeordneter hier in NRW, verlangt, dass man "assimiliert mit uns zusammenleben" muss, wenn man nicht deportiert werden will. So assimiliert wie die Menschen, die in der NS-Zeit Mitläufer waren? Meine Enkelin Olivia ist 14. Sie geht in Köln zur Schule und ist, wie sich das für Teenager gehört, nicht völlig stromlinienförmig angepasst. Und sie spricht auch türkisch, damit sie sich mit "Anne-Anne", ihrer türkischen Oma, verständigen kann. Soll demnächst irgendein "Remigrations-Beauftragter" entscheiden, ob sie assimiliert genug ist, um von der Deportation verschont zu werden?

Eine besondere Rolle in der AfD spielt der Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt, der seit einiger Zeit hier in Reichshof wohnt. Schmidt hat schon im Herbst vergangenen Jahres Matthias Helferich, der sich selbst als "das freundliche Gesicht des NS" bezeichnet, in sein Büro in Vollmerhausen eingeladen. Sein Ziel ist, die aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten "Russlanddeutschen", die ja auch hier im Oberbergischen in vielen Kommunen zu Hause sind, von den anderen Oberbergerinnen und Oberbergern zu spalten und zu sich in seine extrem rechte Ecke zu ziehen. Eugen Schmidt hat sich nach dem Bekanntwerden des Treffens in Potsdam öffentlich zu den Vertreibungsplänen bekannt. "Remigration? Ja! Dazu stehen wir!" sagt er in einem Video auf Facebook, das er mit einem Schwarm von Flugzeugen, mit denen Menschen deportiert werden, illustriert. Und mit Bildern von einem

irrsinnig hohen Grenzzaun. Diese Bilder kommen aus dem Umfeld der Jungen Alternative, wo sie zu Propaganda-Zwecken generiert werden. Eugen Schmidt setzt sich öffentlich für die extrem rechte JA ein, er gehört offensichtlich selbst zum äußersten Rand der Rechtsextremen.

Und solche Leute wollen jetzt unsere Gesellschaft spalten, wollen Mitbürgerinnen und Mitbürger deportieren. Wir dürfen das nicht zulassen. Es ist wichtig, dass wir jetzt gemeinsam hier stehen. Jetzt, bevor die extrem Rechten wieder die Möglichkeit haben, Menschen abzuholen und zu deportieren. Dass wir jetzt gemeinsam unser Grundgesetz und unsere Demokratie verteidigen. Was wir tun müssen, steht groß auf dem Banner an eurem Rathaus: "Aufstehen gegen Rassismus!" Ich danke der Gemeinde für diese klare Botschaft.

Vor uns liegt eine harte, anstrengende Zeit im Wahljahr 2024 und erst recht 2025. Wir müssen da durch. Und zwar gemeinsam! Parteien, Religionsgemeinschaften, Vereine - alle zusammen! Natürlich sollen und müssen wir um den richtigen Weg, um die richtige Politik streiten. Doch wir müssen dabei unsere Haltung wahren, wir müssen stets die Würde aller Menschen achten. Und niemals darf eine Partei in den Irrtum verfallen, man könne Wählerinnen und Wähler von den extrem Rechten zurückholen, wenn man die Parolen und die Forderungen der Hetzer als "Stimmen besorgter Bürger" übernimmt. So etwas adelt die rechte Hetze, erhebt sie in den Rang des Sagbaren und Diskussionswürdigen. Konkret: Wer das Gerede von einer "Migrationskrise" übernimmt, der nimmt den Menschen, die vor Krieg und Unterdrückung fliehen müssen, die Würde, indem er sie als Ursache einer Krise bezeichnet und sie verantwortlich macht für die Probleme in unserem Land. Wir müssen und sollen darüber streiten, wie wir die Probleme lösen, aber wir können gemeinsam eine menschenwürdige Lösung finden und auch das Geld dafür auftreiben, wenn wir konstruktiv zusammenarbeiten. Das ist schwer, aber das ist Demokratie! Wir brauchen einen langen Atem. Aber ich zähle auf euch!